

Überlegungen zu einer Linken mit Kampfwillen

Einleitung

Gerade haben wir das erste Jahrzehnt des 22. Jahrhunderts beendet und müssen feststellen, dass Hoffnungen auf einen humaneren Weltzustand, die zur Jahrtausendwende allenthalben geäußert wurden, sich verflüchtigt haben.

Dem Terrorangriff auf New York zum Beginn des Jahrzehnts folgten die Kriegszüge des Weltimperialismus im Irak, in Afghanistan, im Libanon und in Gaza. Die Welt wurde mit einer beispiellosen Terrorwelle von Madrid und London bis Indonesien, Indien und Russland überzogen.

Bereits vor seiner für alle sichtbaren Fragilität in der schweren Rezession seit Herbst 2008 wirkte das kapitalistische Weltsystem völlig unfähig zur Lösung irgendeines der anstehenden Probleme.

Die Funktion der bürgerlichen Nationalstaaten wandelt sich aktuell in mehrfacher Hinsicht. Ihre Steuerungsfunktion im Vergleich zur Bedeutung des international agierenden Kapitals erodiert allenthalben. Demgegenüber gewinnt ihre repressive und militärische Funktion vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und einer wachsenden Zahl kriegerischer Konflikte in aller Welt stark an Bedeutung.

Die Staatsverschuldung führender imperialistischer Länder hat astronomische Höhen erreicht und gefährdet aktuell die Weiterexistenz mehrerer Nationalstaaten.

Die Stichworte Rinderwahn, Vogelgrippe, H1N1 zeigen an, dass die weltweite Industrialisierung der Landwirtschaft unter den modernen kapitalistischen Bedingungen der Massenproduktion die Qualität der menschlichen Nahrung drastisch verschlechtert hat. Die grassierenden Gesundheitsschäden für diejenigen, die noch regelmäßig essen dürfen, sind unübersehbar.

Das Heer hungernder Menschen auf dem Globus hat die Milliarde weit überschritten und verschärft wird die Situation durch die rasant einsetzende globale Klimaveränderung, die nicht nur die Landwirtschaft und die Landschaften sondern auch jahrhundertalte Kulturen und Lebensweisen zerstört.

Wiederum steigt die Kriegsgefahr bedrohlich und wir müssen damit rechnen, dass dieses System erneut einen „großen Krieg“ auslöst, wie es bereits zweimal im vergangenen Jahrhundert geschehen war. Es wird wieder allenthalben „gezündelt“ und selbst Russland wurde mit Kriegsprovokationen der Nato konfrontiert.

Wo soll sich eine Kraft entwickeln, die all diese Probleme schultern könnte und eine ernsthafte Lösungsperspektive entwickeln könnte?

Der Schlüssel zur Lösung all dieser Probleme liegt nach wie vor beim Weltproletariat, denn der Dreh- und Angelpunkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist die Warenproduktion. Ohne sie gibt

es keine Profite, keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; ohne sie können auch die gegebenen Besitzverhältnisse nicht aufrecht erhalten werden.

Die dem Proletariat aufgezwungene Existenzweise als Anbieter der eigenen Arbeitskraft befindet sich in einem Widerspruch zu einer humanen Form menschlichen Zusammenlebens. Dieser Widerspruch durchzieht die gesamte Gestaltung der Lebens und Arbeitsformen und kann nur in einem Akt der Selbstbefreiung des Proletariats von dieser Existenzweise gelöst werden. Nur als vereint handelnde Klasse ist dem Proletariat ein wirksamer Eingriff in den Verwertungsprozess des Kapitals möglich.

Damit unterscheidet sich der Übergang zu einer nicht-kapitalistischen Formation grundlegend von der Entstehung der bürgerlichen Welt aus der feudalen Vergangenheit.

Die Implosion des selbsternannten „Realsozialismus“ ist kein Gegenbeweis dass die Lösung der Menschheitsfragen historisch nach wie vor von den Ergebnissen der Klassenkämpfe abhängt.

„Proletariat“ - heute noch aktuell ?

„Proletariat“ umfasst denjenigen Teil der Menschheit, der gezwungen ist, seine Arbeitskraft auf einem „Arbeitsmarkt“ anzubieten. „Proletariat“ bezeichnet jene, die die Mittel zum Erhalt ihres Lebens nur durch diesen Verkauf der Arbeitskraft erlangen können, weil sie nicht über die wichtigsten Produktivkräfte einer Gesellschaft verfügen, da diese sich im privaten Besitz der immer kleiner werdenden Minderheit der Produktionsmittelbesitzer befinden. Die Herstellung dieser Ware Arbeitskraft erfolgt in den bürgerlichen Sozialisations- und Bildungsagenturen. Auch hier regelt Angebot und Nachfrage den Preis – sprich, den Lohn. Damit verbunden ist notwendigerweise der Ausschluss der großen Mehrheit der Menschen von allen Entscheidungen darüber, welche Güter mit welchen Rohstoffen und Arbeitsmitteln unter welchen Arbeitsbedingungen zu welchem Zweck produziert werden. Dieser Ausschluss bewirkt auch die völlige Einflusslosigkeit auf die Lebens- Arbeits- und Weltgestaltung im weitesten Sinne.

Wenn alle hergestellten Güter dazu dienen, als Waren auf einem anonymen Warenmarkt der Gewinnerhöhung Einzelner zu dienen, sind diese erzeugten Warengegenstände unter dem Aspekt der Lebensqualität in einem humanen Sinne zum großen Teil nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich. Die Lebensumwelt wird deshalb nicht nach humanen, sondern nach Profitinteressen umgeformt. Sie tritt dem Menschen durch diesen ökonomischen Mechanismus heute zunehmend feindlich gegenüber.

(Die Stichworte dafür lauten: schädliche Lebensmittel, Landschaftszersiedlung, Massentourismus, Umweltverschmutzung, Ressourcenvergeudung, schädlicher Massentransport, formalisierte Bildungmodule, Arbeitshetze, .. etc. etc.)

Dass der Begriff „Proletarier“ in linken Kreisen manchmal auf den „ Industriearbeiter“ begrenzt wird, hängt mit dem oftmals bewiesenen Klassenbewusstsein des „industriellen Proletariats“ der vergangenen Entwicklungsepoche sowie mit linksromantischen Vorstellungen zusammen.

Wenn andererseits Rüpelhaftigkeit, Unbildung und Dummheit, kurzum alles das, was durch den neoliberal verbildeten Menschen mit dem Begriff „Prolet“ verkoppelt wird, so beweist das die ungebremst wirksame bürgerliche Propaganda gegenüber dem historischen Gegner. Dabei wird die sich in diesen Formen oftmals äussernde unpolitische und unaufgeklärte Rebellionsbereitschaft gegen die herrschenden Lebenszustände ausgeblendet. Armuterscheinungen, geringe Einkommenshöhe etc. sind keine notwendigen Bedingungen für das Vorhandensein von Proletariat im konkreten Fall.

Ein „Proletariat“ als Gruppe „abhängig Beschäftigter“ wird auf nationaler wie internationaler Ebene von den jeweils zur Anwendung gebrachten Produktionsmitteln erschaffen , gestaltet, aufgebaut und auch ggf. wieder abgebaut.

Da der Mensch im Kapitalismus der privaten Wirtschaft nach ihrem Profitinteresse dienen muss, sind die Folgen derartiger Verwendung ökonomischer Tätigkeiten für Mensch, Flora und Fauna aus einer profitorientierter Sichtweise der Neoliberalen unwichtige Größen, solange sie nicht den Profitprozess insgesamt gefährden.

Das Proletariat in der Welt von 2010

Der Sturz der bürokratischen Regime 1989 sowie die 1991 erfolgte Auflösung der Sowjetunion sind Daten, die den Eintritt in einen neuen Klassenkampfzyklus markieren.

Vergleicht man die heutige Stellung des Weltproletariats, mit jener der letzten großen kapitalistischen Systemkrise Ende der 1920er anfangs der 1930er Jahre, so kann man auf soziologischer Ebene eine heute ungleich günstigere Situation als damals ausmachen:

Im Weltmaßstab ist die Zahl des Proletariats in den kapitalistischen Ländern (ohne die VR China) größer als die Bauernschaft. In China ist heute das zahlenmäßig größte Proletariat der Welt konzentriert. (Dies gilt auch unter Einbeziehung von Ländern wie Indien, Indonesien und Pakistan)

Noch immer bildet quantitativ die industrielle Arbeiterschaft auf Weltebene die zahlenmäßig größte Gruppe und bildet organisatorisch in der überwiegenden Zahl der Länder das Rückgrat des Proletariats.

Zu Erinnerung ein Rückblick: In Russland betrug der Anteil des Proletariats zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution im Jahre 1919 kaum 20% der erwerbstätigen Bevölkerung – heute kann man dort von ca. 70% ausgehen.

Das Proletariat ist heute in seiner Zusammensetzung homogener als vor 70 oder 80 Jahren. Dazu hat sicherlich die Verallgemeinerung der Produktionsbedingungen unter der Herrschaft von „Fordistischer Produktion“ und „IT-Technologie“ wesentlich mit beigetragen. Diese Zunahme des rein zahlenmäßigen Gewichts (oder des Proletariats „an sich“) drückt sich heute jedoch nicht in einer stärkeren Kampfkraft des Weltproletariats aus:

Ökonomisch riesig, ist es politisch stark geschwächt.

Die politischen Führungen der linken Kräfte haben keine Antworten auf 40 Millionen Erwerbslose in den imperialistischen Ländern zusammengenommen. Sie stehen hilf- und ratlos der Situation von Millionen Proletariern in den abhängigen und kolonialen Ländern gegenüber. Ein aggressiver Antisozialismus nach dem Zusammenbruch der „sozialistischen Staaten“ kam hinzu.

Diese politische Perspektivlosigkeit hat das Selbstvertrauen stark erschüttert und leistet gefährlichen Resignationstendenzen Vorschub.

Europäisches Proletariat in Macht und Ohnmacht

In Europa war in den vergangenen 200 Jahren der Aufbau großer Massenorganisationen des Proletariats gelungen, die den Herrschenden mehrere Zugeständnisse abtrotzen konnten.

Immer dann, wenn die Gefahr bestand, dass das Proletariat zur Macht greifen würde, sollten Reformen diese zugespitzte Situation entschärfen:

Verallgemeinerung des 8-stunden Tages, Frauenwahlrecht, Recht auf Wahl von Belegschaftsvertretern wurden meist in der revolutionären Welle 1918/19 zugestanden.

In der Krise der 1930er Jahre folgten dann wiederum heftige reaktionäre Angriffe gegen diese Errungenschaften die schliesslich in den faschistisch gewordenen Ländern unter den Bedingungen dieser Form bürgerlicher Diktatur völlig beseitigt wurden. Das Proletariat wurde mittels Faschismus und Militärregimen seiner Organisationen beraubt und in völlige Rechtlosigkeit geworfen, während seine politischen Führungen weggemordet wurden. Dem von diesen Diktaturen entfesselten Weltkrieg hatte die geschwächte und politisch gespaltene europäischen Arbeiterbewegung anfangs nur sehr wenig entgegenzusetzen.

Es war die Rote Armee des 1. Arbeiterstaates, der Sowjetunion, die den Militärkoloss und deutscher Führung unter unsäglichen Opfern zum Stehen brachte und damit einen europaweiten Aufschwung des Widerstandes gegen die Diktaturen ermöglichte. Dabei war auch die sowjetische Arbeiterklasse durch die Diktatur der sowjetischen Bürokratie jeder politischen Eigenständigkeit beraubt worden. Auch dort waren ihre politischen Führungen im „im Namen des Proletariats“ weggemordet worden. Aber der Staat beruhte auf anderen ökonomischen Grundlagen.

Nach diesem furchtbaren Gemetzel bemühten sich die führenden politischen Strömungen der europäischen Arbeiterbewegung um einen Neuaufbau nach 1945.

Das „kommunistische“ Lager bestand aus den von der Roten Armee besetzten Nationalstaaten, wo nach russischem Vorbild die verstaatlichten Industrien von einer diktatorisch regierenden Partei und ihren Bürokraten „im Namen der Arbeiterklasse“ geleitet wurden.

Diese herrschende Nomenklatur verfolgte dabei eine Politik des systematischen Ausschlusses der Volksmassen von den Entscheidungsgremien, um ihre Eigeninteressen zu sichern. Mit dem Kapitalismus hatte sie sich durch Abgrenzung der gegenseitigen Einflussphären arrangiert.

So stand das selbsternannte osteuropäische „Lager der friedliebenden Kräfte“ dem „Lager des Imperialismus“ gegenüber und übte sich in verschiedenen Formen von Kooperation und feindlicher Rhetorik. Innerhalb der eigenen Lagergrenzen galt in Ost und West das jeweilige System, das bei Bedarf mit Terror verteidigt wurde.

Das mit der Beseitigung der Kriegsfolgen anwachsende Gewicht der Volksmassen und die immer wieder aufbrechenden Rebellionen politischer Massenbewegungen liessen dieses Herrschaftsgeschäft für beide Seiten periodisch zunehmend schwieriger werden.

Als europäische proletarische Rebellions- und Aufstandsdaten seien hier

1953, Aufstand in der DDR gegen die Normenerhöhungen

1956, Aufstand in Ungarn mit räteähnlichen Strukturen/Aufstände in Polen

1962, spanische Streikwelle gegen das Faschistenregime von illegalen Arbeiterausschüssen geleitet

1968, nach Studentenrebellion 10 Millionen Franzosen im Generalstreik/Prager Frühlingsreformen

1969, Fabrikbesetzungen in ganz Italien /schleichender Mai

1974, Portugiesische „Nelkenrevolution“ stürzt Militärregime/ Volksaufstand stürzt

Obristendiktatur in Griechenland

1980, polnische Gewerkschaftsbewegung zwingt Regierung zu öffentlichen Verhandlungen

genannt.

Heutzutage verweisen die mainstream Medien immer gerne auf die Aufstände in Osteuropa und unterschlagen den breiten Volksaufstand gegen die griechische Militärdiktatur 1974, die portugiesische „Nelkenrevolution“ im gleichen Jahr und die Kämpfe der spanischen Arbeiterbewegung gegen die vom Krieg übriggebliebenen Reste der faschistischen Franco-Diktatur.

Als probates Mittel der Herrschaftssicherung bot sich in diesem „Kalten Krieg“ der Systeme jeweils die Diffamierung eigener oppositioneller Strömungen als „Kapitalistische Agenten“ in Osteuropa oder die „kommunistische Unterwanderung“ in Westeuropa an. Die ehemals starke deutsche Arbeiterbewegung war nach ihren Opfern im Faschismus in diesem Konflikt wie in einem Schraubstock eingeklemmt. Symbolhaft entsprach diesem Zustand das KPD - Verbot im Westen und das SPD -Verbot im Osten Deutschlands.

Proletariat – eingeseift und verschaukelt

Schliesslich kam dann 1989 der Zeitpunkt, wo der größte Teil dieser „sozialistischen Leitungsgenossen“ in Osteuropa ihre Interessen am besten auf der Seite des Kapitals gewahrt sahen. Diese Einschätzung war sicherlich nicht ganz falsch, liess sich doch unter Bedingungen von Glasnost und Perestroika die eigene bürokratische Allmacht dieser Führung sowie die Massenentmündigung kaum länger aufrechterhalten. Die allgemeinen Umgestaltung des „Ostblocks“ unter Massenteilnahme mit dem Ziel der Schaffung einer demokratischen Gesellschaft sowie der Bruch des Machtmonopols der KP deutete sich als reale Gefahr an.. Der Kampf von Solidarnosc in Polen hatte eine Initialzündung vorgegeben und stand der Bürokratie wie ein Menetekel vor Augen.

Diese Perspektive der Massendemokratie brachte die abgeschottete Partei- Nomenklatur in allergrößte Panik, stand doch ihre gesellschaftliche Stellung auf dem Spiel.

Statt Teilnahme am anstehenden gesellschaftlichen Umgestaltungsprozess suchte sie überwiegend ihr Heil durch Mutation zum „Klassenfeind“ in der Rolle als mafiöser Kapitalfortsatz.

Und es hat sich für viele „Leitungsgenossen“ tatsächlich auch gelohnt: Die 500 reichsten Russen verfügen heute über ein Vermögen, dass 40 % des russischen Bruttoinlandsprodukts entspricht!

- und wenn sie nicht gestorben sind, betreiben sie noch immer ihr Unwesen auf dem Rücken des Proletariats.

Die sozialdemokratischen Führungen kapitulierten nicht ganz so spektakulär, sondern integrierten sich in die Verwaltung des bürgerlichen Staates, den sie schon immer im Zweifelsfalle verteidigt hatten. Sie bemühen sich bis heute redlich, den kapitalistischen Karren wieder „flott“ zu machen und scheuen dabei auch nicht vor massiven Angriffen auf die eigene Partei- und Wählerbasis zurück. Gelegentliche taktische „Linksschwenks“ sind dabei Massenstimmungen geschuldet.

Damit beschleunigen sie aktuell ihren Bedeutungsverlust und versuchen auch unter Oppositionsbedingungen eine Neuauflage der bekannten utopischen Phraseologie vom Wohlfahrtskapitalismus.

„Wirtschaftswachstum“, „Vollbeschäftigung“, „soziale Marktwirtschaft“ als die Wahlkampfparolen vergangener Zeiten klingen heute hohl in den Ohren des europäischen Proletariats mit über 10% gesunkenem Realeinkommen, Millionenmassen Erwerbsloser und Armen die in Deutschland noch zusätzlich der innovativen Behördenwillkür ausgesetzt sind. Einem Kriminellen SPD lers aus der Managerriege war es vorbehalten, diese Willkür innovativ zu verordneter Armut zu steigern. Für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn reichte dagegen die sozialdemokratische Innovationsfähigkeit ebensowenig aus, wie zur Entwicklung eines Arbeitsgesetzbuches, das in den 80er Jahren sogar europaweit durchsetzbar gewesen wäre, als die europäische Sozialdemokratie auf dem Höhepunkt ihres Einflusses angelangt war.

In Europa steht das Proletariat heute vor den Ruinenfeldern eines zersprengten Stalinismus und den zum Neoliberalismus konvertierten sozialdemokratischen Systemverwaltern.

Diese Situation beantwortet es mit einem Rückzug aus dem etablierten Politbetrieb und massiver Privatisierungstendenz in einem zunehmend brüchiger werdenden Massenkonsum.

Europaprojekt des Kapitals

Die Option der westdeutschen Führungsschichten ist seit Jahrzehnten auf die Vereinheitlichung des europäischen Wirtschafts- und Währungsraumes ausgerichtet. Damit

sind zwar einerseits große Probleme verbunden, andererseits öffnen sich große Profitmöglichkeiten.

Bekanntlich steigt mit der Höhe erwartbarer Profite auch die Risikobereitschaft des Kapitals. Daher ist das EU- Projekt das Hauptprojekt des bundesdeutschen Kapitalismus.

Bereits 1986 orientierte die „Einheits-Akte“ mit etwa 3000 Einzelmaßnahmen auf die Umsetzung der wirtschaftsliberalen Zielsetzung der Römischen Verträge. Aber erst 1989 bahnte sich eine politische Wende an.

Die grundlegende Verschiebung der Machtverhältnisse durch den Kollaps des Stalinismus, die schnellen Fortschritte des gemeinsamen Marktes und die triumphierende neoliberale Welle mit ihrer Präferenz für das Finanzkapital machten den Weg für die EU frei. Der Maastricht-Vertrag von 1991 trat parallel zum Zusammenbruch des östlichen „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ im Herbst 1993 in Kraft und bildete den Rahmen für die als „Sparpolitik“ getarnte verschärfte Offensive des Kapitals in der gesamten EU, die bis zum heutigen Tage andauert.

Das Europa-„Parlament“ selbst ist lediglich auf eine beratende und kommentierende Rolle festgelegt. Es verkörpert einen offenen Bruch mit den Grundsätzen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und entspricht eher dem Funktionieren vorbürgerlicher, feudalistischer Institutionen.

Verschärft wird diese autoritäre Struktur durch die bedeutende Rolle des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) mit Sitz in Luxemburg. Er ist mittlerweile zu einem flexibel einsetzbaren Instrument mit sehr weitreichenden supranationalen Befugnissen ausgebaut. Der EuGH verfügt über ein Interpretations- und ein rechtliches Entscheidungsmonopol für alle

Verträge und Rechtsnormen der EU. Er urteilt über alle entsprechenden Verstöße und kann Strafen verhängen. Dieses EU-Projekt ist derart bedeutsam, dass auch Erpressungen von Mitgliedsländern (Irland,) durchaus zum Repertoire gehören.

Die EU – Verwaltung weigert sich systematisch, in ihre Verträge die elementaren sozialen und gewerkschaftlichen Rechte aufzunehmen, die die Arbeiterbewegung in allen Mitgliedsstaaten nach mehr als hundert Jahren Klassenkampf errungen hat. Die EU fördert nicht die Schaffung eines sozialen Europa, sondern sie wickelt es ab.

Deutschland als europäische Führungsmacht

Einen starken ökonomischen Machtschub erfuhr das bundesdeutsche Kapital durch die Verfügungsmacht über das gesamte ehemalige DDR-Wirtschaftspotential in Gestalt der Treuhand-Anstalt.

Ursprünglich war diese Institution am „runden Tisch“ auf Initiative der DDR-Oppositionsgruppe „Demokratie jetzt“ vorgeschlagen und von der Modrow-Regierung übernommen worden.

Als Zielsetzung war die „Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am Volkseigentum der DDR“ vorgesehen.

Mit der Wiedervereinigung wurde die Treuhand-Anstalt eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts unter der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums. Damit erfüllte sie unmittelbar bundeshoheitliche Aufgaben und war der Verfügung der DDR-Bürger entzogen worden.

Die Erlöse aus dem Verkaufsgewinn von 8000 Betrieben, über 30 000 Gaststätten und Geschäften sowie 2,4 Millionen Hektar Landfläche sollten der ursprünglichen Intention gemäß dem „Wiederaufbau Ost“ zugutekommen.

Das von Kriminalität durchzogene anschließende „Schlachtfest“ spülte Millionen in die Vorstandsetagen westlicher Konzerne und Banken.

Abgesehen von den Kriegszügen der Hitlerwehrmacht war dies die größte Wertransaktion in der Geschichte des deutschen Kapitalismus, die eine Verzögerung der allgemeinen kapitalistischen Krise bewirkte.

Mitte 1990 waren 4.1 Millionen ehemalige DDR-Bürger in den Betrieben der Treuhand beschäftigt und nach der „Abwicklung“ 1992 waren nur noch 550 000 übriggeblieben! Nachdem der 1. Vorsitzende der Treuhand, der ehemalige „Hoesch-Sanierer“ (SPD-Mitglied) Rohwedder einem Sprengstoffanschlag zum Opfer gefallen war, übernahm die von Kohl vorgeschlagene Birgit Breuel (CDU) den Vorsitz dieser Anstalt und als dieser Selbstbedienungsladen des Kapitals Ende 1994 aufgelöst wurde, fehlten auch noch 200 Milliarden Euro in der Kasse.

1800 Fälle von Wirtschaftskriminalität wurden bis 1996 offiziell registriert. Damit war den ehemaligen DDR-Bürgern auch sofort eine saftige „Demokratie“Lektion erteilt worden. Neben manchem ehemaligen „Parteigenossen“ gesundete an dieser Anstalt auch ausländisches Kapital. In Frankreich wurden schliesslich hohe Manager wegen Korruption im Zusammenhang mit der Treuhand zu 6 Jahren Haft verurteilt. Aus Deutschland sind derartigen Verurteilungen nicht bekannt geworden.

Die Kooperation mit dem französischen Kapital erstreckt sich aber auch auf militärische Fragen und beide Länder haben die ersten Schritte unternommen, um einen gesamteuropäischen Rüstungskonzern auf die Beine zu stellen.

Vorerst überlässt man jedoch den Vortritt bei der Kriegsführung – noch - der imperialistischen Hauptmacht USA und beschränkt sich auf tatkräftig mörderische Unterstützung.

Proletarische Gegenmacht ?

Eine grundlegende Wahrheit gewinnt heute wieder zunehmend an Gewicht: Es rettet uns kein höh'eres Wesen! - Auch kein Gott, kein Parlament und keine Partei.

In Deutschland zeigten sich in den letzten Jahren viele Belegschaften kampfbereit und kampffähig:

Wir erlebten den Hafendarbeiterstreik, Streiks im Gesundheitswesen, den Verdi-Streik, die Streik-Drohung der IG- Metall, den Eisenbahnerstreik der GDL, Streiks bei Siemens, AEG, CNH, Opel, Gate Gourmet, Telekom, Nokia, und dazu zwei Streikwellen im gesamten Bildungswesen, die an Breite die 68er- Bewegung weit übertrafen.

Alle diese Kämpfe haben bis heute wesentlich Defensivcharakter, man wehrt sich gegen Umstrukturierungen, Arbeitsplatzabbau und ganz allgemein gegen Zumutungen von Kapitalmanagern und Staatsverwaltung. Eine weitergehende Zielsetzung in den Kämpfen wird vom gewerkschaftlichen Co-Management nicht geduldet, da bei dem derzeit angehäuften sozialen Sprengstoff sehr schnell eine unkontrollierbare autonome Massenbewegung entstehen könnte.

Die Belegschaften machen täglich negative Erfahrungen. Sie werden vom Kapital mit Arbeitsplatzverlust und damit mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlage bedroht. Sie werden erpresst, zu Mehrarbeit und Lohnverzicht gezwungen. Ihre soziale Lage verschlechtert sich in einem rasanten Tempo durch die Politik der Regierung. Gleichzeitig werden die Konzerne immer mächtiger und die Reichen wissen nicht mehr, wohin mit ihrem Geld. Scheinbar lässt sich nichts gegen diese Entwicklung tun. Wie einer hereinbrechenden Naturgewalt steht das noch arbeitende und das prekarierte und arbeitslose Proletariat ohnmächtig diesen Angriffen gegenüber.

Der Unmut in den Belegschaften richtet sich vielfach auch gegen die Gewerkschaften, da diese ihre Schutzfunktion unter Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit immer weniger erfüllen können und oftmals auch wollen. Trotz einer millionenfachen Mitgliederzahl, die die Mitgliedszahlen aller politischen Parteien zusammengenommen um ein vielfaches übertrifft (ca. 6 Millionen 2009) bestimmt eine tiefe Demoralisierung in Verbindung mit Alltagspragmatismus das Klima der gewerkschaftlichen Organisation.

Die einstige enge gewerkschaftliche Verbundenheit mit den SPD- Genossen ist dahin, seit die SPD offen in das neoliberale Lager übergelaufen ist.

Sichtbar wird dies an den fehlenden Wahlaufufen für die SPD 2005 sowie der vielfache Verzicht auf SPD-Redner bei den 1.Mai Kundgebungen der letzten Jahre. Doch trotz ständigen Stimmen- und Mitgliederverlusts verfügt die SPD in der ArbeiterInnenbewegung immer noch über erheblichen Einfluss.

Bei den Bundestagswahlen, 2005, wählten immerhin 48,5% der männlichen und 43,5% der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder die SPD. Und zwar bereits nach der desaströsen Sozialpolitik der SPD in den Jahren zuvor!

Im 2005 gewählten Bundestag waren 130 der 222 SPD-Abgeordneten Mitglieder einer Gewerkschaft, was einer Quote von 59,9 % aller SPD- Abgeordneten des Bundestages entspricht.

Zum Vergleich: bei allen Abgeordneten zusammen lag die Quote bei 28 % !

Nur die Fraktion der Linkspartei kann noch mit vergleichbaren Zahlen aufwarten.

Damit fungiert der Gewerkschaftsapparat als Transmissionsriemen der neoliberalen SPD meist über die Betriebsräte vermittelt in die Arbeiterbewegung hinein. Dies gelingt jedoch immer weniger, zumal in Gestalt der Linkspartei eine Konkurrenzströmung aufgetaucht ist. In Umfragen sympathisieren über 1Drittel der Gewerkschaftsmitglieder mit der Linkspartei und das schafft für den DGB ein Problem.

Denn während nur 3% der Gewerkschaftsmitglieder auch in der SPD organisiert sind, stellt die SPD im DGB-Funktionärsapparat auch heute über 80% der Gewerkschaftsbeamten.

Ihre politischen Auffassungen sind an den Illusionen der Sozialdemokratie von einem Kapitalismus-light ausgerichtet. Ebenso wie die Betriebsratsfürsten der Großbetriebe, versteht man sich als CO-Manager des „sozialen“ Kapitalismus, dem in Sonntags- und 1.Maireden dann der böse „Casinokapitalismus“ gegenübergestellt wird.

Für die DGB-Funktionäre mit dem SPD-Mitgliedsbuch führt dies zu einer politisch schizophrenen Position, wie sie beispielhaft beim DGB -Vorsitzenden NRW, Guntram Schneider zum Ausdruck kommt:

ZITAT

"Und dann geht's weiter mit Pendlerpauschalen, Eigenheimzulagen, Rente mit 67. Alle Betroffenen, die werden dieses nicht mehr abnehmen. Deswegen Schluss damit, die SPD mit Samthandschuhen anzupacken. .."

Geradezu lächerlich hilflos erfolgt dann im nächsten Satz als Konsequenz die Aufforderung, der SPD „die rote Karte“ zu zeigen.

Immerhin war die SPD neoliberaler Vorreiter bei der Zertrümmerung gewerkschaftlicher Errungenschaften. Die Errichtung des Hartz-Regimes ist ja nur die Krönung der Angriffe gewesen.

Für Beobachter zudem völlig unbegreiflich, dass ein- und dieselbe Person dann auch noch als SPD-Kandidat zur Bundestagswahl 2009 antreten kann.

Solch eine Politik verbaut sich nicht nur die Einsicht in die Struktur kapitalistischer Weltkrisen, sondern verhindert die dringend notwendige Aufstellung eines gewerkschaftlichen Aktionsplanes gegen die Krise und die Angriffe auf die Belegschaften. Praktisch überlässt man die Belegschaften im günstigsten Falle ihrem Krisenschicksal oder betreibt im ungünstigen Falle Sabotage an den Versuchen zum Aufbau einer wirksamen Gegenwehr.

Die Linkspartei könnte der SPD also im gewerkschaftlichen Umfeld mit Leichtigkeit eine gewisse Konkurrenz liefern. Ihre Klientel im gewerkschaftlichen Raum unterscheidet sich von der der SPD. Die Bundeszentrale für pol. Bildung hat versucht, die Klientel in eigenen Kategorien zu bestimmen. Demnach stellen „etablierte Leistungsträger“ innerhalb der SPD 12% der Mitglieder, während das „abgehängte Prekariat“ nur 5% ausmacht. In der Linkspartei dagegen gibt es nur 3% „etablierte Leistungsträger“, aber 23% „abgehängtes Prekariat“. Auch wenn diese Kategorien sehr verschwommen sind, so können sie doch

belegen, dass unterschiedliche Segmente der Beschäftigten von den beiden Parteien angesprochen werden.

Bei einem entsprechenden politischen Willen wäre es der Linkspartei durchaus möglich, im Interesse ihrer Klientel eine kämpferische Gewerkschaftspolitik zu entwickeln und einen Bruch mit dem kapitalistischen CO-Management zu forcieren.

Wird diese Aufgabe jedoch nicht wahrgenommen, so könnte der Zwang zum einheitlichen gewerkschaftlichen Vorgehen unter verschärften Krisenbedingungen eine Fusionsdynamik mit der Sozialdemokratie in Gang setzen, die mangels alternativer politischer Konzeptionen sicher zum Schaden der Linkspartei ausfallen würde.

Proletarische Gegenmacht ermöglichen

In den nächsten Jahren wird es immer wichtiger, wie man sich kämpferisch organisiert. Es ist offensichtlich, daß die Gewerkschaftsführungen kein Interesse daran haben, die Kämpfe zu organisieren, die jetzt nötig wären. Sie organisieren weiterhin den sozialen Frieden, der den Politikern bereits zu entgleiten droht. Unabhängig von den bürokratisierten Gewerkschaftsapparaten sind Räume notwendig, wo über Konzepte zur Krisenbekämpfung gesprochen wird. Einbezogen in diese Debatten müssen auch jene vielen Gewerkschaftsmitglieder sein, die in Opposition zum Kurs des Apparats stehen.

Dies wurde deutlich sichtbar, als im März 2009 viele Gewerkschafter an den Demonstrationen des oppositionellen Bündnisses: „Wir zahlen eure Krise nicht!“ aktiv teilnahmen. Dieser Ansatz einer kämpferischen Gewerkschaftsströmung wird eine Schlüsselstellung in kommenden Kämpfen einnehmen.

In Deutschland gibt es kaum Erfahrungen mit einer Ausdehnung und Vertiefung außerparlamentarischer Aktionsformen. Von der Situation in Frankreich, wo es der außerparlamentarischen Mobilisierung gegen das CPE-Gesetz 2006 gelang, dieses damals bereits beschlossene Gesetz zu kippen, ist die bundesdeutsche Wirklichkeit weit entfernt. Hier bewahrten ähnliche Strömungen bisher immer ihren Charakter als „Ein-Punkt-Bewegungen“ mit defensivem Charakter. Die Masse der Teilnehmer verstand die eigenen Aktivitäten als Appell an die Regierenden:

Die US-Raketen sollten nicht stationiert werden, die AKW's nicht gebaut und Hartz 4 nicht in Kraft treten. Inhaltlich radikale Kämpfe der Sozialbewegungen (Heiligendamm, Straßburg) blieben isoliert. Offensiver vorgetragene Infragestellungen von zentralen Institutionen konnten sich aus politischen Gründen nicht in Gewerkschaften und breitere Teile der Bevölkerung hinein verbreitern.

Anstrengungen, diese inhaltlichen Begrenzungen zu durchbrechen, wäre Aufgabe einer „neuen Partei der deutschen Linken“ gewesen, die jedoch mit Ausnahme einiger Parteigliederungen hier und dort als politischer Faktor in diesem Sinne bedauerlicherweise einen Totalausfall darstellt.

Damit vergrößert auch die Linkspartei die Kluft zwischen Parlamentsparteien und sozialen Bewegungen. Damit schwächt sie sich schliesslich ungewollt auch selbst, statt ihre Stärkung durch eine organische Verzahnung mit und als dynamisches Element in diesen Bewegungen zu betreiben.

Die Enttäuschung über die Erfolglosigkeit sowie die Unmöglichkeit dauerhaft kämpferische Mobilisierungen aufrecht zu erhalten, liess die deutschen Sozialbewegungen bisher meist zur Gründung von parlamentarisch orientierten Formationen greifen.

Grüne und WASG verdanken ihren Aufstieg diesen abflauenden Bewegungen von Anti-AKW und Montagsdemonstrationen, während die als Motor und Initiator wirksamen Kleingruppen (DKP, Maoisten, MLPD) oftmals stark geschwächt zurückblieben.

Im Namen der „berechtigten Anliegen“ der Protestbewegungen sollte jeweils mit den „alternativen Wahlformationen“ in das „Räderwerk der Macht“ eingegriffen werden. Obwohl die Initiatoren oft weitergehende Vorstellungen hatten, gelang es ihnen nicht, alternativen Konzepten gegenüber dem bürgerlichen Politbetrieb Glaubwürdigkeit zu verleihen. Ganz im Gegenteil: sie übersahen meist die Implikationen, die mit der „Mithaftung“ für die Herrschaftssicherung verbunden waren.

Nachdem SPD und Grüne im Sog der bundesdeutschen Regierungspolitik sich munter am Aufbau einer kapitalistischen Hegemonialmacht beteiligten, wurde links von ihnen ein Platz frei, der aktuell durch die Linkspartei besetzt wird.

Mit 5 Millionen Wählern, erfolgreich bestandenen Wahlen und einem Parteiapparat ist sie zu einer etablierten Größe im Politbetrieb geworden.

Die große Mehrheit ihrer Anhänger/Innen und Wähler/Innenschaft findet an Regierungsbeteiligungen nichts oder nur sehr wenig auszusetzen. Sie kann sich - ebenso wie ihrer Wähler und Mitglieder - keine wirksame Interessensvertretung ausserhalb bestehender gesellschaftlicher Institutionen Strukturen vorstellen.

Antikapitalistische Aufgaben

Um die Wirksamkeit vergangener und vor allem kommender Kämpfe zu erhöhen, ist nicht nur eine Vernetzung in der Breite widerständiger Kräfte notwendig, sondern ebenso eine inhaltliche Intervention:

Wir brauchen einen weitreichenden Aktionsplan gegen die Krise um die Belegschaften nicht der Resignation zu überlassen. Die gefährliche Stimmung einer sich ausbreitenden Resignation kann sich auf Dauer nur zugunsten unserer schlimmsten Gegner auswirken. Die sich abzeichnenden Differenzierungsprozesse im gewerkschaftlichen Raum erfordern eine hohe Aufmerksamkeit und müssen Bestandteil antikapitalistischer Politik sein. Ein zu entwickelnder Aktionsplan muss Bestandteil eines allgemeineren Antikrisenprogramms sein, das die verschiedenen Interventionsfelder näher bestimmt und miteinander verzahnt.

Eckpunkte solch eines Programms wären

- radikale Arbeitszeitverkürzung, 4 Tage-Woche
- kämpferische Antworten in Form von Mobilisierungen auf jedwede Kündigungsdrohung
- Aufruf zu Sabotage gegen die zunehmenden flächendeckenden Belegschaftsüberwachungssysteme
- Senkung statt Erhöhung des Rentenalters
- praktizierte internationale Solidarität auf Belegschaftsebene und regelmäßige Kommunikation mit allen Kollegen eines Konzerns über die nationalen Grenzen hinweg

Um dies leisten zu können, ist die auffällige Schwäche der antikapitalistischen Kräfte zu überwinden, die kaum abgestufte Aktionspläne entwickeln und ihre Aktivitäten auch kaum je bilanzieren.

Positive wie negative Erfahrungen werden kaum irgendwo fixiert und weitervermittelt. Dies führt dann oftmals zu dem ermüdenden „Hamsterradsyndrom“, wo immer wieder von neuem mit vollem Einsatz neu begonnen wird... – was dauerhaft betrieben, den Eindruck völliger Erfolglosigkeit bei den Aktiven hervorruft. Resignation ist die Folge.

Angriff auf das System: Feminismus und Ökologiebewegung

Feminismus und Ökologiefragen verweisen heute auf eine radikale Infragestellung von Herrschaftsansprüchen und werfen letztlich die Systemfrage auf. Keinesfalls handelt es sich hierbei um sogenannte „1-Punkt Bewegungen“ oder um Randfragen gesellschaftlicher

Umwälzungen. Vielmehr wird Herrschaft als strukturell etablierter Traditionsbestand des heute dominanten Kulturzusammenhangs thematisiert und damit wird im Kern die Frage danach aufgeworfen, wie wir als Menschen so zusammenleben können, dass die Zerstörung unserer inneren und äusseren Natur beendet wird.

Feminismus thematisiert die kulturell etablierte Zweierbeziehung ebenso wie die tradierten Identifikationsmuster von männlicher und weiblicher Identität. Das Geschlechterverhältnis und damit die Entwicklung von unterschiedlichen Familienformen sind neben der Produktivkraftentwicklung der zweite entscheidende und bestimmende Faktor der Menschheitsgeschichte.

Es wird niemals eine Abschaffung von Klassenherrschaft möglich sein, ohne damit zugleich das Verhältnis des Menschen als Mann und Frau zu seiner inneren und äusseren Natur vollständig zu verändern. Diese Veränderung wird von Feminismus und Ökologiebewegung letztlich intendiert und damit erweisen sie sich als radikale systemtranszendierende Kräfte. Feminismus beinhaltet also wesentlich mehr als Quotierungen, Förderpläne und Rednerinnenschulungen.

Sie verweisen damit auf eine Zukunft jenseits des bestehenden Naturzusammenhangs, der von Herrschaftsinteressen bestimmt ist.

Ebenso verkannt ist auch die Ökologieproblematik, wenn sie auf Verpackungsverordnungen und Ökosiegel reduziert wird. Vielmehr geht es darum, die äußere Natur nicht allein als Rohstofflieferanten auszubeuten und damit das ökologische Gleichgewicht der Lebenskreisläufe zu zerstören.

Schon im kommunistischen Manifest thematisierte Marx bekanntlich die Zerstörung von Wasser, Luft und Umwelt unter kapitalistischen Gesellschaftsbedingungen.

Wir brauchen einen modernen Antirassismus

Dieser muss heute von dem Umstand ausgehen, dass die traditionelle Klassenbasis für faschistische Strömungen stark geschwunden ist: Ein starkes Kleinbauerntum und ein großes Staatsbeamtentum sind vom Spät – oder Verfallskapitalismus hinweggespült worden.

Das veranlasst heute beispielsweise die NPD dazu, die „soziale Frage“ in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen. Bewusst hat der NPD-Vorsitzende und ehemalige Militäroffizier Voigt darauf gedrungen, die soziale mit der nationalen Frage zu verknüpfen.

Einerseits wird sich von rechts beim DGB angedient und andererseits kam es 2009 erstmals seit den Zeiten der Faschistenherrschaft in Deutschland und Österreich zu faschistischen Angriffen auf Gewerkschaftskundengebungen.

Da heute die USA den wichtigste Pfeiler des Weltkapitalismus darstellen, glauben aber auch sogenannte „linke Kräfte“ sie könnten Klassenfragen im nationalen Rahmen schlicht missachten, um im Schulterschluss mit Nationalisten das US-Kapital zu bekämpfen. Dass auch die meist national orientierten Gewerkschaftsführungen die Parole zum Kauf „nationaler Produkte“ in den 1980er Jahren verteidigt hatten, hat ihren Gegnern eine politische Steilvorlage geliefert. So kommt es heute unter Krisenbedingungen zu einer immer stärkeren Etablierung nationalistisch-rassistischer Strömungen in der Mitte der Gesellschaft. Und im Gefolge davon zur vielfachen Spaltung der Belegschaften und der Arbeitslosen im Interesse des Kapitals.

Antikapitalisten müssen in diesem Problemkomplex einen theoretischen und praktisch wirksamen Internationalismus entfalten, um der weiteren Ausbreitung dieser inhumanen Krisenlösungskonzepte und entsprechenden Mentalitäten einen Riegel vorzuschieben: die nationalen Arbeiterbewegungen müssen internationalisiert werden.

Dringend notwendig: Parlamentarismusdebatte

Wir sind Zeugen einer Transformation bürgerlicher Demokratie in eine technokratische Verwaltungsdiktatur. In Deutschland gibt es seit Jahren und teilweise seit Jahrzehnten eine stabile Ablehnung der Gentechnologie, der Atomkraft sowie von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Dass diese Volksmehrheiten sich im Parlament nicht mehr widerspiegeln und nur noch opportunistisch vom Parlament in Form von nebenbei geübter Rücksichtnahme „bedient“ werden, weist auf eine qualitativ neue Verfallsstufe bürgerlicher Demokratie hin.

Könnte ein August Bebel noch formulieren, dass die „vornehmsten Aufgaben“ des Parlaments darin bestehen, über Haushalte und über Krieg und Frieden zu entscheiden, so trifft dies heute nicht mehr zu: EU-Bürokratie und Nato entscheiden diese Fragen ebenso mit.

Dass die Parlamentsparteien zu verlängerten Verwaltungszügen mutiert sind und die Personalauswahl nach Verwaltungsgesichtspunkten treffen müssen, ist ebenso Folge dieses Formwandels und trägt zur innerparteilichen Entpolitisierung bei.

Dass der Abgeordnete teilweise die Gesetzestexte, über die er abstimmt, nicht mehr bekommt (toll-collect), da sie privatwirtschaftlichem Geheimrecht unterliegen, dass bei der Gesetzesformulierung die Manager der Wirtschaft nicht nur mit am Tische sitzen, sondern die Tischvorlagen entwerfen, sind weitere Erscheinungsformen dieses Verfalls.

Längst haben die Spitzen des internationalen Finanzkapitals sich ihre eigenen Supranationalen Organisationen ohne lästigen Parlamentarismus geschaffen: IWF, WTO, OECD, Europäische Zentralbank etc.

Diese Entwicklung wirft für antikapitalistische Kräfte die Frage auf, wie sie sich gegenüber den kastrierten nationalen Parlamenten positionieren wollen.

Sollen Antikapitalisten als das Fähnlein der Aufrechten auftreten und so tun, als sei das alles eine revidierbare Fehlerhaftigkeit, wie es die Linkspartei – intern allerdings undiskutiert-betreibt?

Sollen sie tatenlos zuschauen, wenn das EU-Parlament den Willen der Völker mit Füßen tritt, wenn er nicht zum „Fahrplan“ passt (siehe Irland)

Sollen Antikapitalisten wie ihre faschistischen Gegner die parlamentarische Tätigkeit lediglich unter dem Gesichtspunkt der Vorteilnahme (Geldabzocke und parl. Statusvorteile) betreiben?

- Und ansonsten darauf hinarbeiten, dass die „Systemzeit“ schnell beendet und der eigene Vorteil aus dem crash organisiert wird?

Sollen Antikapitalisten „Demokratiewerkstatt“ werden und neue Formen der Partizipation einfordern und selbst betreiben. ? Anknüpfungspunkte könnten die Debatten um „Wirtschafts- und Strukturräte“, „Volksentscheide“, „Netzpetitionen“ sein.

Dies sind Fragen, die in einem antikapitalistischen Diskurs solidarischer Behandlung bedürfen.

Sozialistische Demokratie

Die Linke - im weitesten Sinne - muss heute das Erbe der bürgerlichen Demokratie antreten, da das Bürgertum die eigenen historischen Errungenschaften fallen gelassen hat.

Dies hat einen äusseren sowie einen inneren Aspekt.

Der äussere Aspekt besteht in der Aufgabe, Wege aufzuzeigen, wie die kollektive Aneignung und die Verfügung der Haupt-Produktionsmittel, ihre Anwendung und ihre Entwicklung im humanen Interesse ermöglicht werden könnte.

Letztlich gipfelt dies in der Frage, wie die Gesellschaft über ihren Wirtschaftsprozess kollektiv die demokratische Verfügung organisieren kann.

Wir sind historisch heute schlauer und wissen, dass eine Verstaatlichung dieses Problem nicht löst.

In der Vergangenheit hat das Proletariat zweimal die Machtfrage für sich entscheiden können:

1871 auf kommunaler und 1919 auf nationalstaatlicher Ebene.

Marx sprach vom „Absterben des Staates“ vom „ersten Augenblick“ der Verfügung über die Produktionsmittel an und er sah die „endlich gefundene Form“ in der das organisatorisch anwendbar wäre, in den räteähnlichen Strukturen der Pariser Commune von 1871 gegeben.

Weshalb die seither gemachten Erfahrungen mit dem „Realsozialismus“ so desaströs sind, dass der Begriff des Sozialismus heute weltweit desavouiert ist, ist von uns kritisch aufzuarbeiten, um auch auf diesem Gebiet die defensive Haltung zu überwinden.

Die Basis solch einer Debatte unter Sozialisten ist die Anerkennung des Charakters der Oktoberrevolution als Versuch zur Schaffung eines sozialistischen Systems.

Die bei vielen Genoss/innen üblichen Verweise auf die Gebrechen der bürgerlichen Demokratie bei gleichzeitiger Relativierung undemokratischer Zustände im vergangenen „Realsozialismus“ kaschiert nicht nur die Problematik, sondern greift unglücklicherweise auch zur kapitalistischen Realität als Maßstab für sozialistische Ansprüche.

Die innere Verfasstheit antikapitalistischer Kräfte muss die eigenen Differenzen produktiv werden lassen.

Dazu ist eine weitestgehende Garantie demokratischer Auseinandersetzungen nötig. Das „wegadministrieren“ unliebsamer Auffassungen, sowie die politisch unausgewiesenen Seilschaften aus verblichenen SPD/SED Traditionen sind kontraproduktiv, schädlich und entfalten eine entpolitisierende Wirkung nach innen und aussen.

Gremien müssen so zusammengesetzt sein, dass sie die Strömungen repräsentieren. Abwahlmöglichkeiten müssen ebenso satzungsmäßig verankert sein, wie ein handhabbares Rotationsprinzip.

Beides setzt eine aktive und selbstbewusste Mitgliedschaft in Organisationsformen voraus, die nicht nach den Effizienzkriterien bürgerlicher Verwaltungsapparate aufgebaut sein kann.

Organisationen mit Massenanhang können das heute nicht gewährleisten und wären mit solch einem Anspruch überfordert. Denn viele Menschen übertragen ihre passive Konsumentenrolle auch in die Politik und nehmen gerne die Zuschauerrolle ein.

Umso wichtiger ist das Bemühen von antikapitalistischen Kräften Formen zu entwickeln, in denen eine Aktivierung der Mitglieder gefördert, statt verhindert wird.

Vielleicht wären organisatorische Experimente mit fördernden und mitgestaltenden Mitgliedschaften von Vorteil, um den im Politbetrieb üblichen Missbrauch der Mitglieder als „Stimmvieh“ zu verhindern und die Lebendigkeit der Organisation gewährleisten zu können.

Die Vielfalt der anspruchsvollen Aufgabenstellungen erfordert sehr viel theoretische und praktische Arbeit von uns und sicherlich werden wir dabei Fehler machen.

Aber wer, wenn nicht wir sollte die dringendsten Aufgaben angehen können?

Also schaffen wir zwei, drei, viele linke Initiativen und machen uns an die Arbeit.